

II-5525 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2778 /J

1988 -10- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Meissner-Blau und Freunde

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

Vor nunmehr fast 10 Jahren hat das österreichische Volk in der Volksabstimmung vom 5. November 1978 seine Haltung zur sogenannten "friedlichen" Nutzung der Kernenergie unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Es bedurfte einiger Katastrophen (Harrisburg, Tschernobyl,...), um diese Haltung auch zur offiziellen Linie der Regierungspolitik zu machen. Wenngleich die Fragesteller die Halbherzigkeit dieser Regierungspolitik immer wieder kritisiert haben, so ist doch festzustellen, daß - in Übereinstimmung mit der ganz überwiegenden Auffassung der in Österreich lebenden Menschen - die Bundesregierung offiziell keine positiven Stellungnahmen zur Erzeugung von Kernenergie mehr abgibt.

Inoffiziell sieht es da allerdings anders aus.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Fragesteller halten das Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit für eines der essentiellsten Rechte in einer demokratischen Gesellschaft, welches natürlich - bei aller Gegnerschaft - auch von Befürwortern der Kernenergienutzung mit Recht beansprucht wird.

Es ist jedoch eine demokratiepolitische Binsenweisheit, daß die Beeinflussung des politischen Bewußtseins der Öffentlichkeit durch Massenmedien nicht "frei" ist, sondern eine Frage der Finanzkraft.

In diesem Zusammenhang halten es die Fragesteller für untragbar und skandalös, wenn in der Zeitschrift des Verbundkonzerns, mithin einer aus den Stromtarifen der in Österreich lebenden Menschen finanzierten Zeitung, in frivoler Weise die angebliche sicherheitstechnische Unbedenklichkeit der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf behauptet wird ("Kontakt", Heft 5/6 1988, S.15f). Die Verantwortlichen für diese Zeitung machen sich nicht einmal die Mühe, der unsauberen und wissenschaftlich nicht haltbaren Wiedergabe des Referates zweier Mitarbeiter der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf eine Stellungnahme oder einen Artikel eines Atomkritikers gegenüberzustellen.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

1. Halten Sie es als Verwalter der Eigentumsanteile der Republik Österreich am Verbundkonzern für zulässig, daß in einer aus Stromtarifen finanzierten Zeitung in der beschriebenen unseriösen Art der österreichischen Bevölkerung ohne Gegenüberstellung eines kritischen Standpunktes die Unbedenklichkeit der WAA-Wackersdorf vorgegaukelt wird ?
2. Sind Sie der Meinung, daß die Öffentlichkeitsarbeit des Verbundkonzerns hinsichtlich der Beurteilung von kerntechnischen Fragen in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Volksabstimmung vom 5.11.1988 erfolgen sollte ?
3. Werden Sie bei Ihren nächsten Gesprächen mit der Geschäftsführung des Verbundkonzerns diese Frage zur Sprache

bringen und die Werbung für Grenzkraftwerke in den Medien der gesamten österreichischen Energiewirtschaft und insbesondere des Verbundkonzerns als krassen Verstoß gegen die Linie der Regierungspolitik in der Frage von Grenzkraftwerken abstellen ?

4. Stimmt Ihrer Auffassung nach die persönliche Haltung der leitenden Organe des Verbundkonzerns mit der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der in Österreich lebenden Menschen und der offiziellen Linie der Regierungspolitik in der Frage der WAA-Wackersdorf überein ?
5. Ist eine derartige Übereinstimmung Ihrer Auffassung nach bedeutsam für die richtige Wahrnehmung der Leitungsaufgaben des Verbundkonzerns ?
6. Werden Sie der nächsten Generalversammlung der Verbundkonzern AG ein neues Direktorium vorschlagen ?